



Newsletter 03/22, 01. April 2022

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

der Krieg in der Ukraine beschäftigt uns weiterhin Tag für Tag. Mitte März hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky im Deutschen Bundestag eine Rede gehalten, die uns alle sehr bewegt hat. Die Aggressionen Russlands gegenüber der Ukraine, das Morden und die Vertreibungen sind seitdem unvermittelt weitergegangen. Wie ich die Rede und den Umgang der deutschen Regierung mit dem ukrainischen Präsidenten empfunden habe, schildere ich Ihnen weiter unten.

Die vergangenen zwei Plenarwochen standen im Zeichen der Debatte um den Umgang mit der Corona-Pandemie und den Bundeshaushalt 2022. Zur Änderung des Infektionsschutzgesetzes habe ich meine dritte Rede im Plenum gehalten, den Link und die Zusammenfassung finden Sie in diesem Newsletter. Für den schuldentechnisch bereits ausgereizten Haushalt hat Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) einen Ergänzungshaushalt im Laufe dieses Jahres aufgrund des Russland-Ukraine-Kriegs angekündigt. Die Debatte um das Sondervermögen für die Bundeswehr steht ebenfalls noch aus. Eins ist jedoch wohl sicher: Die Schuldenbremse wird zum dritten Mal in Folge nicht eingehalten!

Die Auswirkungen des ersten Kriegs seit 77 Jahren in Europa spüren wir mittlerweile auch im Alltag, beispielsweise bei steigenden Kosten für Benzin oder der Diskussion um die Energiesicherheit. Kürzlich hat Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) die Frühwarnstufe des Gas-Notfallplans ausgerufen. Noch besteht kein Notstand, für den eventuellen Fall bereitet man sich jetzt jedoch darauf vor. Passend dazu haben wir uns im Bundestag auch mit dem "Gesetz zur Einführung von Füllstandsvorgaben für Gasspeicheranlagen" beschäftigt. Dieses zielt darauf ab, eine Unterversorgung des deutschen Marktes zu vermeiden, wofür bestimmte Speicherfüllstände in den Anlagen erforderlich sind. Die in Deutschland tätigen Betreiber von Gasspeicheranlagen müssen die Einhaltung der Füllstandsvorgaben überwachen und gewährleisten. Mit diesem Gesetz hat die Regierungskoalition auf den Antrag der Unionsfraktion „Explosion bei den Energiepreisen bekämpfen – Zeitnah wirksam und gerecht entlasten“ (vgl. Newsletter 02/2022) zurückgegriffen. Dies zeigt uns: Opposition wirkt!

Ihre

Neues aus dem Bundestag



Rede des ukrainischen Präsidenten im Deutschen Bundestag

Am Donnerstag, 17. März, hat der ukrainische Präsident Wolodymyr Selensky aus Kiew per Videoschalte im Bundestag zu uns Abgeordneten und der deutschen Bevölkerung gesprochen. Mit eindringlichen Worten hat er beschrieben wie die Menschen in der Ukraine um ihre Freiheit und um das Überleben kämpfen, welches Grauen die Einkesselten in Mariupol erleben und wie rücksichtslos und barbarisch das russische Militär vorgeht. Sein dringender Appell nach weiterer Unterstützung durch Deutschland und die anderen europäischen Staaten hat uns alle sehr bewegt und hätte direkt beantwortet werden müssen.

Leider hat die Regierungskoalition im Anschluss an diese bewegende Rede keine Debatte im Plenum zum Thema zugelassen und ist stattdessen zur Tagesordnung mit Geburtstagsgrüßen übergegangen. Wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben vorab gefordert, im Anschluss an die Rede im Bundestag über den russischen Angriffskrieg in der Ukraine zu sprechen und die wichtigsten Punkte der Rede des Präsidenten zu thematisieren. Respekt dem Präsidenten und dem ukrainischen Volk gegenüber hätten dies dringend geboten. Dass stattdessen zur Tagesordnung übergegangen wurde, ist beschämend!

Ich habe daher nach der Rede Präsident Selenskys an der ukrainischen Botschaft Blumen niedergelegt, um nach diesem würdelosen Umgang im Plenum wenigstens symbolisch mein Mitgefühl, meine Unterstützung und meinen Respekt auszudrücken.

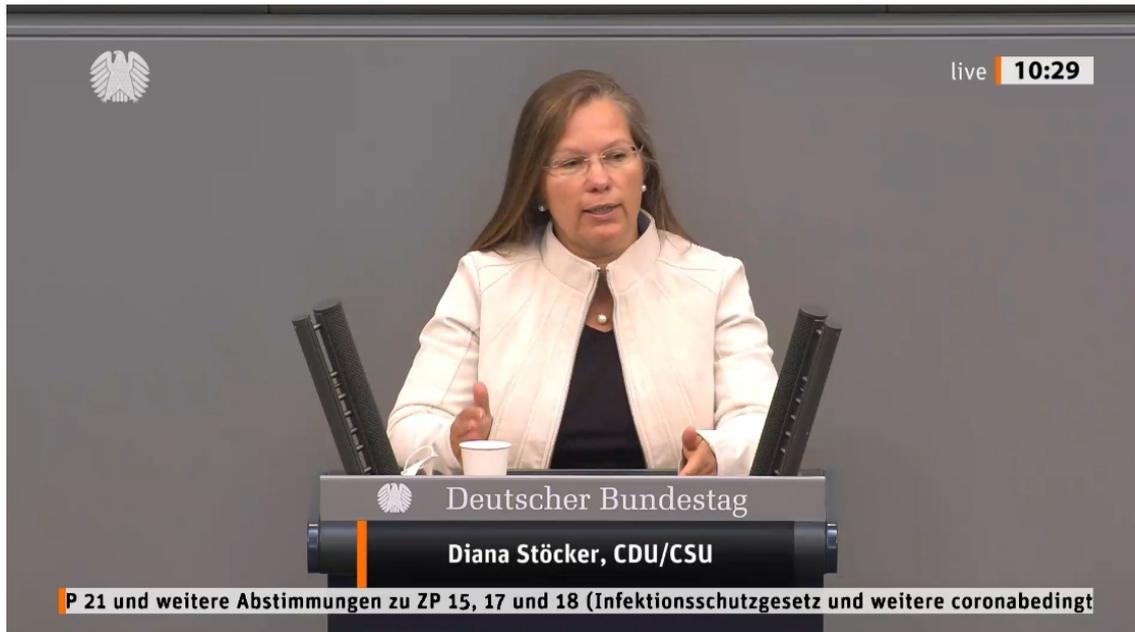


Besuch des Welcome-Centers am Berliner Hauptbahnhof

Mit meiner Bundestagskollegin Christina Stumpp MdB habe ich das Ankunftscenter am Berliner Hauptbahnhof besucht. Es sind bereits 4 Millionen Menschen aus der Ukraine geflohen, 270 000 in Deutschland angekommen. Im Welcome-Center am Berliner Hauptbahnhof werden sie in Empfang genommen, versorgt, bekommen ein warmes Essen und können dann in andere Teile der Bundesrepublik weiter reisen oder in Berlin bleiben. Es ist beeindruckend wie die ehrenamtlichen Helfer, das Technische Hilfswerk, das

Deutsche Rote Kreuz und die Berliner Stadtmission sich hier engagieren. Ich danke allen Helferinnen und Helfern für ihren unermüdlichen Einsatz!

Besonders wichtig ist, dass sich umgehend auch die Bundesregierung an der Koordination der Ankunft der Flüchtlinge beteiligt, denn bisher gibt es keinen Plan für eine Verteilung, Registrierung und sichere, offizielle Unterbringung der ankommenden Menschen! Auch die medizinische Versorgung sowie die Möglichkeit des Schulbesuchs für die ankommenden Kinder müssen organisiert und geregelt werden. Hier dürfen die Länder und Kommunen nicht allein gelassen werden! Außerdem ist eine gute psychologische Versorgung unbedingt notwendig, denn die Kriegsflüchtlinge haben oftmals Schreckliches erlebt. Ein übergeordneter Krisenstab ist daher dringend nötig!



Meine dritte Rede im Plenum

Meine dritte Rede im Plenum als Mitglied des Gesundheitsausschusses beschäftigte sich mit der Änderung des Infektionsschutzgesetzes durch die Regierungskoalition.

Die wichtigsten Punkte:

1. Es handelt sich um ein handwerklich schlechtes, nicht ausgereiftes Konzept, dass schon von den Experten in der öffentlichen Anhörung auseinander genommen und in der Folge nicht wesentlich nachgebessert wurde. Es ist der kleinste gemeinsame Nenner, der in der Regierungskoalition möglich ist, dies reicht aber nicht aus!

2. Die Regierungskoalition kommt ihrer Pflicht, ältere oder immunschwache Menschen zu schützen, nicht nach. Sie hebt die Maskenpflicht weitgehend auf, schafft einen Flickenteppich mit einer schwammigen Hotspot-Strategie!

3. Mitte März habe ich mit dem Leiter des Welcome-Centers für Geflüchtete aus der Ukraine im Berliner Hauptbahnhof gesprochen. Er berichtete, jede Dritte der bislang 150.000 geflüchteten Personen werde positiv auf Corona getestet. Menschen, die in

überfüllten Zügen unterwegs waren und nun in Gemeinschaftsunterkünften zusammen leben! Und in dieser Krise wird das Infektionsschutzgesetz auf ein Minimum reduziert!

Das Video zur Rede finden Sie [hier](#).



Plenarwochen 14. bis 18. & 21. bis 25. Februar 2022

Im März gab es zwei Plenarwochen in Folge, was eine Ausnahme zum sonst regelmäßigen Wechsel zwischen Berlin- und Wahlkreiswoche darstellt. Diese zwei Wochen waren gefüllt mit wichtigen Themen, von denen ich hier zwei herausgreifen möchte: Die erste Lesung des Gesetzesentwurfs der CDU/CSU-Fraktion zur Impfvorsorge und die Debatte um das "Gesetz über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022" der Regierungskoalition.

1. Die Union hat mit dem "Impfvorsorgegesetz – Ein guter Schutz für unser Land" einen Vorschlag für einen weitsichtigen und differenzierten Umgang mit der Pandemie in den kommenden Monaten vorgelegt. Nicht so dahingegen die Regierungsfaktionen, die auch an dieser Stelle wieder schweigen und die Verantwortung auf einzelne Abgeordnete in Gruppenanträgen abwälzen. Unser Antrag sieht folgendes vor:

- Die Bundesregierung sollte umgehend mit dem Aufbau eines Impfreisters beginnen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen bestätigen: Eine gute Datengrundlage ermöglicht die richtigen Reaktionen zum richtigen Zeitpunkt und damit sowohl den Schutz unseres Gesundheitssystems als auch unserer Freiheitsrechte.
- Die Impfkampagne muss dringend verbessert werden, denn nichts hilft so wirkungsvoll bei der Bekämpfung der Pandemie wie eine hohe Impfquote in der Bevölkerung. Dazu müssen auch neue Formate wie Beratungsgespräche für ungeimpfte Bürgerinnen und Bürger oder Impflotsen endlich flächendeckend genutzt werden.

- Die Impf-Infrastruktur vor Ort muss weiter gestärkt sowie ausgebaut werden. Dies bedeutet, dass auch neben Arztpraxen ausreichend Strukturen vor Ort vorgehalten werden müssen, ebenso wie der Impfstoff, für dessen ausreichende Bevorratung die Bundesregierung so zu sorgen hat, dass jede Bürgerin und jeder Bürger mit einem Impfstoff der Wahl geimpft werden kann.
- Angesichts der Bedeutung der Pandemieentwicklung für die parlamentarischen Entscheidungen bedarf es einer engmaschigen Berichtspflicht der Bundesregierung. Es ist daher vorzusehen, dass das Bundesministerium für Gesundheit dem Deutschen Bundestag alle zwei Wochen über seine Einschätzung zur aktuellen Corona-Lage berichtet, insbesondere über gewonnene Erkenntnisse über die Gefährdung der vulnerablen Gruppen sowie die Belastung des Gesundheitssystems und der kritischen Infrastruktur.
- Schließlich fordern wir einen Impfmechanismus mit Aktivierungsmöglichkeit, der bei Bedarf kurzfristig durch Bundestagsbeschluss mit Zustimmung des Bundesrates aktiviert werden kann. Dieser Vorschlag schafft umsetzbaren und vor allem rechtssicheren Schutz für unser Land.

Den Antrag können Sie [hier](#) nachlesen.

2. Nach dem Entwurf des Haushaltsgesetzes 2022 soll der Bund in diesem Jahr mit Ausgaben von 457,6 Milliarden Euro und einer Neuverschuldung von 99,7 Mrd. Euro auskommen. Der Finanzminister bemüht sich, die Zahlen-Fassade aufrecht zu erhalten und legt lediglich einen „Kernhaushalt“ vor, der bald mit einem Ergänzungshaushalt mit weiteren Schulden komplettiert werden soll. Im Ergänzungshaushalt sollen die Folgen des Krieges in der Ukraine abgebildet werden. Kosten: schätzungsweise 50 Milliarden Euro. Es zeichnet sich so eine sehr hohe Verschuldung im Jahr 2022 ab. „Man muss knallhart priorisieren“, so unser haushaltspolitischer Sprecher Christian Haase. „Das geschieht aber nicht.“ Die Unionsfraktion erwartet endlich klare Prioritätensetzungen und ordentliche Gegenfinanzierungen!

Im dritten Jahr in Folge wird die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse wohl ausgesetzt werden und damit die Auflage, dass nur so viel Geld ausgegeben werden darf, wie der Staat auch einnimmt.

Es stehen außerdem noch die Beratungen über die Einrichtung eines kreditfinanzierten Bundeswehr-Sondervermögens mit einem Volumen von 100 Mrd. Euro aus. Unsere Zustimmung zur dafür erforderlichen Grundgesetz-Änderung knüpfen wir an folgende sechs Voraussetzungen:

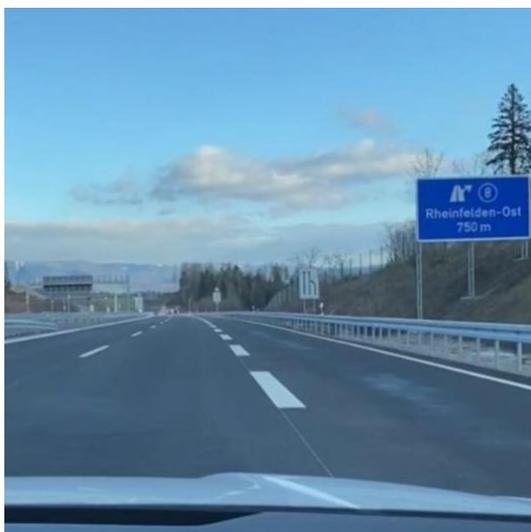
- Die Verteidigungsausgaben müssen dauerhaft auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes steigen.
- Das Sondervermögen in Höhe von 100 Milliarden Euro darf ausschließlich für die Stärkung der Bundeswehr verwendet werden.
- Der Verteidigungshaushalt muss unabhängig vom Sondervermögen das Zwei-Prozent-Ziel erreichen.
- Vor einer Verabschiedung des Sondervermögens muss klar sein, was mit dem Geld konkret für die Bundeswehr erreicht werden soll.
- Das Beschaffungswesen muss grundlegend geändert werden.
- Bei einer Ausnahme von der Schuldenbremse muss dem Sondervermögen auch ein Tilgungsplan hinzugefügt werden.

Der Haushalt soll Ende Mai in zweiter/dritter Lesung beraten und danach vom Bundestag verabschiedet werden.



Das Plenum mal aus anderer Perspektive! Ich hatte meinen ersten Einsatz als Schriftführerin im Sitzungsvorstand des Bundestages - und das bei gleich zwei Sitzungen. Einmal rechts und links der Präsidentin platziert, waren auch die Aufgaben unterschiedlich: Einmal ging es um das Notieren der tatsächlichen Redezeiten der Abgeordnetenkollegen und einmal um das Aufstellen der Rednerlisten. Außerdem nimmt man als Schriftführer Anträge und Wortmeldungen entgegen, verliert Schriftstücke, überwacht die Korrekturen des Plenarprotokolls und stellt das Ergebnis von Abstimmungen fest.

Neues aus dem Wahlkreis



Konsens zum Weiterbau der A98 und Bekenntnis zum EuroAirport!

Zwei wichtige Verkehrsprojekte im Wahlkreis sind in den letzten Wochen in die richtige Richtung "gelenkt" worden. Zum einen hat Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) seine Position in der Debatte um die A98 korrigiert! Hier zeigt sich: der Druck der Union wirkt!

Es ist ein gutes Ergebnis, dass sich die Spitzen der grün-schwarzen Koalition zum Weiterbau der A98 am Hochrhein bekannt haben. Die von Verkehrsminister Hermann ausgelöste Debatte sollte damit beendet sein.

Wir sollten bei der Diskussion nicht vergessen:

- Die A 98 ist kein regionales Verkehrsprojekt.
- Baden-Württemberg benötigt im Süden eine leistungsfähige West-Ost-Autobahnverbindung.
- Es kann auf Dauer nicht angehen, dass die südlichste vierspurige Straße im Land die A8 zwischen Karlsruhe und Stuttgart ist.
- Die Hochrheinautobahn kann langfristig gesehen als Teil einer Verkehrsverbindung von der A5 zwischen dem Oberrheintal und dem westlichen Bodenseeraum zur A81 betrachtet werden.

Zum anderen wurde nun bestätigt, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg zu ihrer finanziellen Beteiligung am Bahnanschluss des EuroAirports steht! Ich begrüße, dass Verkehrsminister Hermann die finanziellen Zusagen bekräftigt, die unseren französischen Partnern von CDU-geführten Landesregierungen gemacht wurden. Bereits im Jahr 2009 hat der damalige Ministerpräsident Günther Oettinger eine finanzielle Unterstützung von bis zu 10 Millionen Euro angekündigt.

Mit Andreas Schwab, MdEP, und Sabine Hartmann-Müller, Landtagsabgeordnete für den Wahlkreis Waldshut, habe ich mich intensiv für den Bahnanschluss eingesetzt.

Jetzt müssen wir darauf drängen, dass die deutsche Grenzregion früher als derzeit geplant direkt an den Flughafen angebunden wird und für die Zwischenzeit Alternativen geprüft werden!



Koordinierungstreffen mit Vertretern der MIT Südbaden!

Mit Sübadens MIT-Bezirksvorsitzender Ruth Baumann und ihrem Stellvertreter Norbert

Bekermann habe ich über die spezielle Situation unserer Unternehmen und Selbständigen in einem grenzüberschreitenden Wirtschaftsraum gesprochen.

Sehr gut ist: Mehr als die Hälfte der Produktionsbetriebe schätzt ihre Situation besser ein als im vergangenen Herbst und der Auslastungsgrad der Kapazitäten in der regionalen Industrie nimmt wieder zu!

Der Bereich Handel und Dienstleistungen leidet jedoch stark. Der Prozentsatz der Händler, der sich in einer schlechten Geschäftslage befindet, hat seit dem letzten Quartal deutlich zugenommen und bei den Dienstleistern sprechen immer mehr Unternehmen von einem Umsatzrückgang gegenüber dem vergangenen Quartal.

Insbesondere leidet derzeit infolge der Pandemie das Touristengewerbe und die Gastronomie in Südbaden, einer seit jeher beliebten Urlaubsgegend. Besondere Herausforderungen vor allem für die Mittelständischen Betriebe bestehen momentan bei der Inlandsnachfrage, den Energie- und Rohstoffpreisen sowie dem Fachkräftebedarf. Auch die anziehende Inflation wird von den Unternehmern mit Sorge wahrgenommen, weil deren Auswirkungen auf die Produktionskosten und den Privatkonsum zurzeit noch schwer einzuschätzen ist.

Gerade mit Blick auf den Russland-Ukraine-Krieg und seine Folgen sollte die Bundesregierung dringend alle Möglichkeiten der Energieerzeugung ideologiefrei prüfen, um die Energieversorgung zu sichern und Versorgungslücken zu vermeiden. Um von russischen Lieferungen unabhängig zu werden, müssen unter anderem auch die drei bereits geplanten Flüssiggas-Terminals in Deutschland gebaut sowie weitere Standorte gesucht werden. Energieknappheit durch einen Lieferstopp, der uns unvorbereitet trifft, wäre für die Unternehmen und Selbständigen in Deutschland eine katastrophale Entwicklung.

Um hier entgegenzuwirken, werden wir zukünftig für den Wirtschaftsstandort Südbaden noch enger zusammenarbeiten!

Augenblicke



... mit Vertretern des Baden-Württembergischen Handwerkstag e.V. in Berlin bei der Landesgruppe Baden-Württemberg ... zum Empfang in der Britischen Botschaft mit Botschafterin Jill Gallard ...



... mit dem Vorstand der Vereinigung zur Reform der Versorgung psychisch Kranker e.V., in den ich als Parlamentsvertreterin gewählt wurde ... Gespräch mit Vertretern des Polizeireviers Rheinfelden ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl)

Samstag, 02. April

9:00 Uhr Frauen-Kultur-Frühstück in Rheinfelden

Montag, 04. April, bis Freitag, 08. April

Plenarwoche in Berlin

Freitag, 08. April

17:00 Uhr Besuch des Projekts „Lauffenmühle“ in Lörrach-Brombach mit Nicole Razavi, Ministerin für Landesentwicklung und Wohnen, und im Anschluss Gespräch im Alten Wasserwerk

Dienstag, 12. April

10:00 Uhr Besuch des Kinderschutzbunds Schopfheim

11:30 Uhr Besichtigung der Werkstatt und des Projekts „Aufstockung Kita Langenau“ der Firma Holzbau Kuri in Schopfheim

15:00 Uhr Gespräch mit dem Kreisobst- und Gartenbauverband Lörrach e.V.

Donnerstag, 14. April

18:00 Uhr DialogWERKSTATT zum Thema "Flucht und Migration - Die Folgen des Russland-Ukraine-Kriegs" via Webex

Mittwoch, 20. April

9:30 Uhr Besuch einer Flüchtlingsunterkunft mit Landrätin Marion Dammann

Donnerstag, 21. April

Betriebsbesuche in Bad Krozingen mit dem stellvertretenden MIT-Vorsitzenden
Südbaden Norbert Bekermann

Freitag, 22. April

11:00 Uhr Eröffnung der Landesgartenschau

Montag, 25. April, bis Freitag, 29. April

Plenarwoche in Berlin

Samstag, 30. April

Klausurtagung des CDU-Bezirksvorstands

Sonntag, 01. Mai

10:00 Uhr "1. Mai Hock" - gesellige Zusammenkunft des CDU-Kreisverbands



Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de